

**Bezugsgebühr:**

Günstigstes zu 10 Pf. zu 10 Pf. durch die Post zu 10 Pf.

*Die Dresdner Nachrichten* erscheinen täglich **Mittwoch**, die Bezieher in Dresden und den nächsten Umlandungen, wo die Sertigung durch eigene Posten oder Postmeistereien erfolgt, erhalten das Blatt am **Wochentag**, die nicht auf Samm- oder Heiratstage folgen, zu **10 Pf.** **Postgebühren** **Blätter** und **Worten** ausgestellt.

Für Rückgabe eingerichteter **Blätter** bitte keine **Postgebühren**.Buchdruckerei: **W. H. Müller**

Nr. 1 bis Nr. 10 und Nr. 2000.

Telegramm-Nr.: **Dresden**.

Gegründet 1856

# Dresdner Nachrichten

Meyer's Sommer-Sacos, Anzüge  
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 7.

**Photographische Apparate**  
und Bedarfs-Artikel

kauft man am besten bei

**Emil Wünsche Nachf., Moritzstr. 20.**

Willkommen! Gelegenheitsgeschäfte für Schüler und Erwachsene. Katalog gratis!

Das Atelier für  
Photographie u. Malerei **Hahn's Nachfolger**  
von  
**Hofphotograph**

Für den Monat Juni

abonnieren die Leser in  
**Dresden und dessen Vororten**  
**Blasewitz, Plauen, Löbtau**

bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

**90 Pfennigen.**

Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu 1 Mark, in Österreich-Ungarn zu 1 Krone 48 Heller angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

**Die Zuckerfrage.**

Wenn der Reichstag am 3. Juni seine Abläufe wieder aufnimmt, werden es hauptsächlich die beiden Fraktionen der Zucker und der Braunitweinbesteuerung sein, die noch vor der großen Versammlung bis zum Hebe zu erledigen sind. An dem abzuhängenden Zustandekommen der Braunitweinbesteuernovelle ist wohl kaum mehr zu zweifeln, da die langwierigen kommunalischen Verhandlungen schließlich zu einem Einverständnis zwischen der Regierung und der Reichsregierung geführt haben. Dagegen liegt das Schicksal, das die am 5. März d. J. abgeschlossene Brüsseler Zuckerkonvention und die mit ihr zusammenhängende Novelle zum Zuckersteuerengel in der Konvention und im Plenum erhalten werden, zur Zeit noch völlig im Dunkeln.

In den Reihen der Mehrheitsparteien, die auf dem Boden der nationalen Schutzpolizei stehen, berichten sehr starke Zweifel vor, ob es im Interesse der deutschen Zuckerindustrie liegt, die Brüsseler Konvention anzunehmen oder abzulehnen. Es handelt sich hierbei nicht soviel um die Abschaffung aller unmittelbaren und mittelbaren Zuckeraufschlussvergütungen, als vielmehr um die Bedingungen, unter denen die Besteuerung des Bräumensystems erfolgt, um die Lage, in die untere Zuckerindustrie dem internationalen Wettbewerb, namentlich dem englischen Kolonialzucker gegenüber, durch die Brüsseler Konvention verlegt werden würde. Das durch diese die Interessen der Zuckerindustrie gewahrt werden, ist natürlich die Annahme der Regierung. Der Reichskanzler Graf Bülow hat ausdrücklich bestimmt, dass lediglich welche Nachgiebigkeit gegen das Ausland und insbesondere gegen England bei dem Zustandekommen der Brüsseler Konventionabschlüsse mitgenommen hätte. Nach seiner Darstellung in die Erwaltung ausgeschlagend gewesen, dass der deutsche Zuckerindustrie das englische Abzugsgebiet erhalten bleiben muss. In der Zuckercampagne 1901/1902 sind ungefähr 23 Millionen Doppelcentner in Deutschland produziert worden, von denen das Land etwa nur 7½ Millionen Doppelcentner konsumiert, so dass 15 bis 16 Millionen Doppelcentner ausgeführt werden müssen. Von diesen nimmt England über 6 Millionen Doppelcentner, also fast die Hälfte auf. Graf Bülow meint, es würde eine sehr mögliche und zweckhafte Sache sein, für so bedeutende Importen das bisherige Abzugsgebiet aufzugeben und neue Märkte aufzutun, zumal nach einer ungefähren Schätzung bei Schluss der gegenwärtigen Zuckercampagne die Weltvorräte an Zucker 18 bis 20 Millionen Doppelcentner betragen würden, also fast so viel, als Deutschland in einem Jahre produziert, und nicht, als England in einem Jahre konsumiert.

Dieser Regierungs-Auflösung steht diejenige gegenüber, die in den Kreisen der unmittelbar betroffenen Interessenten vertreten wird. Hier überwiegt allem Anschein nach die Überzeugung, dass die Brüsseler Konvention zu einem Siege des Auslands, vornehmlich Englands, geführt hat. So hat der Ausdruck des Vereins der deutschen Zuckerindustrie das Brüsseler Abkommen doch begutachtet, dass dessen Annahme in der gegenwärtigen Eröffnung ein unberechenbares Unglück für die Landwirtschaft und die Zuckerindustrie bedeuten würde, wenn es nicht gelingt, England zum Beitritt zu bewegen, den Zuckerkoll auf 8 Mark für den Doppelcentner zu erhöhen und gleichzeitig die Verbrauchssteuer um mindestens 10 Mark herabzuföhren. Die Brüsseler Konvention entspricht der Forderung der vollständigen Abschaffung der Zuckeraufschlussprämien seineswegs; sie legt die Verteilung der Ausfuhrvergütungen mit etwa für 40 Prozent der Zuckerproduktion der Welt fest. Ist aber für ungefähr 60 Prozent nicht bloß die schon bestehenden Zuckeraufschlussvergütungen weiter wirken, sondern eröffnet auch noch die Möglichkeit, sie zu erhöhen. Die jahrlang und ständig englischen Zuckeröle sind außerhalb des Bereiches der Konferenzabschlüsse geblieben. Der Versuch, England zu bestimmen, bündigt auf jede Begünstigung seiner Stoffmärkte und auf jede

**Immer grösseres Interesse**

bei Aerten, Magen-, Gichtleidenden etc. erweckt das bekannte digestivum Präparat: **Hoffmann's Verdauungspulver!** Lässt schweren Speisen u. Getränken besser vertragen, unterstützt die Verdauung, kann den Magen anstrengen und verdient nach ärztlichen Aussprachen das allgemeine Empfehlung und Inneneinsprachung. Man lassen sich nur echt Hoffmann's Verdauungspulver geben! 1 Doppelarch. nur echt Hoffmann's Verdauungspulver geben! 1 Doppelarch. schweren mit prak. Tropfenbad 1.25 M., 1 Praktikum nur 20 Pf., wo selts. nicht erhältlich, sende man 30 Pf. in Marion an.

Storch-Apotheke, Dresden-A., Pillnitzer Strasse.

Haupt-Geschäftsstelle:  
Marienstr. 34.**Anzeigen-Carif.**

Die Monatsschrift **Rufblätter** erscheint in der Kaufmännischen Schule und den Gewerbeschulen in Dresden am Mittwochabend 3 Uhr. Sonn- und Feiertage nur Samstag 11 bis 12 Uhr. Die Freitagsausgabe ist ab 12 bis 13 Uhr. Die Dienstagsausgabe auf der Brühlschen Terrasse ab 14 bis 15 Uhr. Die 2-jährige Serie als „Rufblätter“ oder auf Zeitende ab 10 Pf.

An Ausgaben und Sonn- und Feiertagen ist bei zwölftiger Ausgabezeit 30, 40 bis 50 bis 60 Pf. nach Beendigung Zahl.

Zukünftige Ausgabe nur gegen Vorabzahlung.  
Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet.**Wessel & Friedrich**

Waisenhausstrasse Königl. Hoflieferanten Waisenhausstrasse  
Victorians am Ende Victorians

**Oberharzer Sauerbrunnen**  
gesundes und billiges Tafelwasser, 1 Flasche 15 Pf. bei 25 Flaschen  
13 Pf. exkl. Glas. **Generalvertrieb für Dresden.**

jetzt nur Ferdinandstr. 11  
zwischen Ferdinandplatz und Bürgerwiese.

Dutzend Visk. M. 6, grösste Formate entsprechend. Specialität: Lebensgroße Porträts in Pastell etc. — Gruppen- und Kinderaufnahmen in besonders geeigneten Ateliers

Donnerstag, 22. Mai 1902.

**Bund's** (germanisch) **Studenten** **Bruderschaft** **Blau-**  
**Arbeiter** **Werk**. **Blau-** **Bruderschaft** **79**

gewohnt von Vergütungen an seinen Kolonialzucker zu verzichten, ist gescheitert.

Der Nebenzoll (die Differenz zwischen Inlandsteuer und Zoll), der in Brüssel vereinbart worden ist, soll höchstens 4,80 Pf. betragen. Nach der Ansicht eines Theils der deutschen Zuckerindustrie genügt das nicht, um die Auslandskonkurrenz und besonders den Kolonialzucker von dem deutschen Markt fernzuhalten. Es wird zu diesem Zweck ein Nebenzoll von mindestens 6 Pf. gefordert. Zur Reichstagssitzung vom 6. Mai hat der Reichskanzler der Neuerzungung Ausdruck gegeben, dass er in Brüssel seine gesetzte Neuerzungung genügen werde, um das Eindringen fremden Zuckers in unser Zollgebiet zu verhüten. In der „König. Vollztg.“ wird dagegenüber die Frage aufgeworfen, warum denn die deutschen Vertreter in Brüssel Anfangs einen Zollschutz von 15 Fres. als unumgänglich notwendig bezeichnet hatten. England hatte unzweckmäßig die Herabsetzung des Neuerzungungs auf 5 Fres. für 100 Röll gesordert. Solche Forderung habe zu einer Unterbrechung der Verhandlungen geführt. Als diese dann wieder aufgenommen worden waren, zeigten die Vertreter der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung noch immer eine gewisse Jähigkeit in ihrem Widerstand gegen Englands Forderungen. Die Vertreter Österreich-Ungarns gaben sogar eine Erklärung zu Protokoll, ein Schutzoll von nur 5 Fres. sei gänzlich unannehmbar; höchstens könne man sich auf eine Herabsetzung auf 15 Fres. einlassen. Auch die deutschen Vertreter stimmen dem bei uns lieben überdies durchblättern, es werde der deutschen Reichsregierung schwerlich gelingen, einem Abkommen zu stimmen, das Deutschen Reichstages zu vertragen, in welchem ein unter 15 Fres. bleibender Schutzoll vorgesehen wäre. Die Engländer aber beharrten steinadig auf ihrem Verlangen, die Schutzzölle auf höchstens 5 Fres. herabzuführen und ließen allerlei Druckungen aus. Daraufhin wurden die Verhandlungen abermals unterbrochen. Nach ihrer erneuten Wiederaufnahme erklärten die Vertreter Österreich-Ungarns, ihre Regierungen seien, um die Verhandlungen nicht noch einmal scheitern zu lassen, bereit, in eine Verstärkung des Schutzzölles auf höchstens 12 Fres. zu willigen und eine spätere weitere Herabsetzung einzugehen, wenn ihnen gestattet werde, von dem Abkommen zurückzutreten, falls noch seinem Interesse sich herausstellen sollte, dass niedrigerer Zollsätze, als 12 Fres., in der That nicht hinreichend, um den heimischen Markt zu schützen. Dagegen erklärten die deutschen Vertreter, sie seien beansprucht, einen Zoll von 5½ Fres. für Rohzucker und von 6 Fres. für Raffinade anzunehmen, womit der Widerstand der Vertreter Österreich-Ungarns hingelegt war. Wenn diese Entwicklung der Dinge im Reichstag, bemerkt das angehende Centrumsblatt, als ein „Erfolg der deutschen Regierung“ hingestellt werden ist, so wird es neben uns sehr viele Leute geben, die sich unter einem Erfolg“ denn doch etwas ganz Anders vorstellen.

Eine zweite Forderung unserer Zuckerindustriellen geht auf eine grössere Ermächtigung der Verbrauchsabgabe für Zucker, als in der vorliegenden Zuckertarifnovelle vorgesehen ist. Bisher unterlag der heimische Zuckerverbrauch einer Abgabe von 20 Pf. für den Doppelzentner; in dem zur Beratung stehenden Gesetzentwurf ist diese Abgabe auf 16 Pf. also um 4 Pf. herabgekehrt. Diese Ermächtigung wird aber von den Zuckerindustriellen, angesichts der drohenden Gefährdung der Zuckeraufnahme und um den unüblichen Zuckertarif zu heben, nicht für genugwendig erachtet. Gegen eine weitere beträchtliche Herabminderung der Verbrauchsabgabe, über den Satz von 4 Pf. hinaus, sprechen jedoch sehr schwerwiegende finanzielle Gründe. Jede Mark weitere Ermächtigung der Zuckerindustrie bedeutet für das Reich einen Einnahmeausfall von 7 Millionen Mark. Würde die Zuckertaxe bis auf 10 Pf. herabgekehrt, so würden sich die Reichseinnahmen um 12 Millionen vermindernd. Nun ist zwar bei einer grösseren Herabsetzung der Verbrauchsabgabe und der dadurch herbeiführten Verbilligung des Zuckers ein erhöhter Konsum zu erwarten, aber dieser würde zunächst schwerlich auch nur annähernd so beträchtlich werden, dass dieser Einnahmeausfall ausgleichen würde. Bei den gegenwärtigen ungünstigen finanziellen Verhältnissen im Reich und der nur zu berichtigten Beschränkung, dass das Wirtschaftsverhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben im folgenden Jahre noch ein grösseres werden dürfte, erscheint es zur Zeit so gut wie ausgeschlossen, dass die verbündeten Regierungen einer Herabminderung der Zuckertaxe über die Vorlage hinaus, wodurch ein Einnahmeausfall von 30 bis 40 Millionen Mark entstehen würde, ihre Zustimmung ertheilen, wenn nicht dafür gleichzeitig durch Erschließung neuer oder stärkerer Ausnutzung schon vorhandener Einnahmeknäuel Erholung geschaffen werden kann.

**Neueste Drahtmeldungen vom 21. Mai.**

(Nachts eingehende Teile befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Begründung des dem Landtage zugegangenen Gelehrtenwurfs, betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreussen und Polen, heißt es: In diesen Provinzen ist seit einer Reihe von Jahren das Deutschtum wirtschaftlich und politisch

Leipzig. (Priv.-Tel.) Da die französische Regierung die Ausdehnung der Auflage gegen den früheren Direktor Schmidt ablehnt, sind seitens des Untersuchungsrichters am Landgericht Kassel heute neue Unterhandlungen mit der französischen Regierung eingeleitet worden, die die erweiterte Auflage gegen Schmidt auf Grund des Handelsgelehrtenwurfs nachdrücken.

Borsig am. Bei einer Boatsfahrt auf dem Templiner See ertranken gestern Nachmittag drei Personen, deren Leichen bis jetzt noch nicht aufgefunden sind.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Im Heizraum des Tempelers Wuster wurden die fünf Detektive durch Dampfausströmung schwer verbrüht; drei sind tödt.

Hamburg. Am Stelle des verstorbenen Direktors O. Meier wurde Julius Thomann zum Direktor der Hamburg-Amerikan Linie ernannt.

Wiemers. (Priv.-Tel.) Nach Mitteilung des geretteten Schiffers von Thulien vom untergegangenen Hanseadamer Schiffsfeuer sind vermutlich die schlenden 41 Mann der Bergung verloren.

Praunheim. (Priv.-Tel.) Die Disziplinar-Kammer hat den Landgerichtspräsidenten Döbeln wegen seiner bekannten Verfeindung gegen die Deutscher Regierung, betreffend die staatsrechtliche Stellung der Regierung, zu einem Verzehr und in die Kosten verurtheilt. Döbeln hat gegen dieses Urteil Beruf eingereicht.

Gelsen. Heute Morgen wurde das Dienstgebäude des Bergbauvereins aufgrund dessen Generalversammlung eingemeindet. Anwohnen waren der Landesminister Möller, sowie Vertreter der Eisenbahndirektion des Oberbergamtsbezirks und andere Staats- und Stadtoberhäupter. Nach einer Eröffnungs-Antrache des Reichs-Juden Jenke sprach Minister Möller. Er forderte den Verein auf, fortzutreten in der Fortführung seiner wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ziele, und insbesondere mitzuarbeiten am Ausbau der nationalen Wahrerichter. Es folgten Antrachten des Dr. Hammacher, des früheren Vorstandes und einzigen noch lebenden Mitglieders des Vereins, und des Oberbürgermeisters Bremers. Darauf wurde die Tagesordnung erledigt. Nach dem Berichte des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Hermann Engel, wurde ein Handgang durch das Gebäude angeordnet, an dem sich um 2 Uhr ein Detektiv stahl.

Mulda. (Priv.-Tel.) Aufgrund der letzten Eröffnungs-Verordnung im Landtag ist seitens der Landtagsmitglieder der Erfolg einer Gesetzesvorlage beantragt worden, welches dem Landtage noch in dieser Session zugehen soll, um das Fürstenthum vor gleichen Ansprüchen wie Braunschweig und Lippe-Detmold zu bewahren.

Breslau. (Priv.-Tel.) Der 10. Deutsche Physikalische Kongress wurde heute hier eröffnet. Der Präsident theilte mit, der Justizminister bedanke, infolge einer Karnevals-Operation den Verhandlungen nicht beizutreten zu können. Höchste Absurdität. Gegen Ende der gleichzeitigen Radfahrt-Linden: Das ist eine Nöthe! Darauf setzte das Haus die Bevölkerung des Staats der Justizverwaltung fort.

Wien. Vom Januar bis Ende April befüllte sich die Einfuhr auf 571.2 (530.5), die Ausfuhr auf 507.1 (575.6) Millionen Kronen. Das Überschuss der Handelsbilanz beträgt demnach 25.9 gegen 45.1 Millionen Kronen in der gleichen Zeit des Vorjahrs.